

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 188 vom 21.11.2015

### Landesregierung gibt Blockadehaltung gegenüber Lang-LKW auf

#### **Rainer Genilke: Erfahrungen in anderen Bundesländer bisher überwiegend positiv**

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rainer Genilke, sagte zur späten Einsicht der Landesregierung:

"Mit der Ankündigung der Verkehrsministerin, sich am Feldversuch Lang-LKW zu beteiligen, hat die Landesregierung endlich ihre ideologisch begründete Blockadehaltung aufgeben. Wenn im Dezember dann erstmalig auch Strecken aus Brandenburg zur Teilnahme am Feldversuch gemeldet werden, kommt die Landesregierung damit einer langjährigen Forderung der CDU-Fraktion nach. Es ist davon auszugehen, dass dabei eine erhebliche Entlastung für Infrastruktur und Klima nachgewiesen werden kann. Denn verlängerte Lkw sparen nach bisherigen Erkenntnissen bis zu 25 Prozent CO2 und Diesel.

Die Spediteure in Brandenburg warten schon lange darauf, diese innovative Technik testen zu dürfen und die Vor- und Nachteile von Lang-LKW zu erproben. Als eines der letzten Bundesländer wird dies nun bald auch in Brandenburg möglich sein. Die Versuche in anderen Bundesländern haben bisher überwiegend positive Ergebnisse erbracht. Lang-LKW sind regelmäßig sehr gut ausgelastet, fahren ohne Probleme auf den freigegebenen Strecken mit und es führt auch zu keiner Verlagerung des Gütertransportes von der Schiene auf die Straße."

#### Hintergrund

Der Feldversuch des Bundes mit Lang-Lkw wurde am 1. Januar 2012 gestartet und auf fünf Jahre ausgelegt. Er läuft also noch bis zum Ende des Jahres 2016. In einem Zwischenbericht zum Feldversuch stellte die Bundesanstalt im September 2014 fest, dass im Durchschnitt bisher zwei Lang-Lkw-Fahrten etwas mehr als drei Fahrten mit konventionellen Lkw ersetzen. Daraus ergeben sich eine um 15 bis 25 Prozent bessere Transporteffizienz und Kraftstoffersparnisse in Höhe von ebenfalls 15 bis 25 Prozent. Der Zwischenbericht ergab darüber hinaus, dass die Lang-Lkw unter den gültigen Gewichtsvorgaben Brücken und Straßen nicht stärker belasten als herkömmliche Lastwagen.

#### Anhang

Antwort der Landesregierung